

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Ströbele und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Parlamentarische Kontrollkommission
— Drucksache 10/5049 —**

Private Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst im Jahre 1983

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Unstreitig wurden 1983 von der privaten Wirtschaft Beträge in Höhe von 350 000 DM über den Bundesinnenminister an den Bundesnachrichtendienst im Zusammenhang mit der Suche nach 41 Fässern mit dioxinhaltigen Abfällen aus Seveso gezahlt.

Die Erklärung der Bundesregierung vom 20. Februar 1986 und der Bericht der PKK vom 5. Februar 1986 zu dieser Aktion schweigen zu wesentlichen Fragen, auf deren offene Erörterung und Beantwortung das Parlament und die Öffentlichkeit Anspruch haben:

1. Von welchen Firmen wurde die Summe gezahlt?

Wurde das Geld in bar übergeben?

Wer hat das Geld in Empfang genommen?

2. Für welchen Zweck wurde das Geld gegeben?

Für welchen Zweck wurde der Teilbetrag von 119 687,68 DM ausgegeben?

Wieviel davon erhielt der Agent Mauss von dieser Summe und für welche konkrete Gegenleistung?

3. Wer hat den und wie wurde der Agent Mauss beauftragt, bei seinen Aktionen beaufsichtigt und geführt?

4. Wann wurde der Restbetrag in Höhe von 230 312,32 DM an den Bundesminister des Innern zurückgezahlt?

Wann hat der Bundesinnenminister diesen Betrag dann seinerseits weitergegeben?

Wurde der Betrag in bar weitergeleitet und an wen?

Wurde der Betrag von 230 312,32 DM erst weitergegeben und eine „Bestätigung“ dafür beschafft, nachdem die Parlamentarische Kontrollkommission nach dem Verbleib des Geldes gefragt hatte?

Wo war das vom Bundesnachrichtendienst gezahlte Geld bis zur Weiterleitung an die private Wirtschaft?

- II. Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, daß der Untersuchungsauftrag des 2. Untersuchungsausschusses zur Klärung der oben aufgeführten Fragen erweitert werden muß.
- III. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Praxis der Bundesregierung, mit Geldern der privaten Wirtschaft Aktivitäten bundesdeutscher Geheimdienste zu bezahlen.
- IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die gebotenen Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Dr. Zimmermann diese weiteren Zahlungen aus der Privatwirtschaft an einen bundesdeutschen Geheimdienst verschwiegen hat. Vor allem hat er diese Fakten dem Parlament anläßlich der Debatte und der Fragen über weitere solche Geschäfte zwischen der deutschen Wirtschaft, der Bundesregierung und den Geheimdiensten in den vergangenen Monaten verschwiegen.

Bonn, den 20. Februar 1986

Ströbele

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion